



karl heinz roth
griechenland:
was tun?

karl heinz roth
griechenland: was tun?
eine flugschrift

Karl Heinz Roth ist Historiker, Mediziner und Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen. 2009 veröffentlichte er den Band 1 des Projekts »Globale Krise«. Band 2, »Die lange Depression« (Herbst 2012), und Band 3, »Das Multiversum«, sind in Vorbereitung.

karl heinz roth

griechenland: was tun?

eine flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

Ὑβριν χρῆ σβεννῶναι μάλλον ἢ πυρκαϊήν (altgriechisch)
Περισσότερο κι απ' την πυρκαγιά πρέπει κανείς να κατασβήνει την έπαρση
(neugriechisch)
Hybris ist schwerer zu löschen als Feuersbrunst
(Heraklit)

Γι' αυτά αγωνιστήκαμε. Δεν τα πουλάμε
Dafür (für diese Kulturgüter der Antike) haben wir gekämpft –
sie sind nicht verkäuflich
(General Makryjannis, Revolutionär des griechischen Freiheitskampfes
1821)

OXI – Nein!
(Griechische Antwort auf das italienische Ultimatum
vom 28. Oktober 1940)

Θάνατος στο Φασισμό – Tod dem Faschismus!
(Parole des griechischen Widerstands gegen die deutsche Besatzungs-
herrschaft 1941-1944)

Κάτω η Χούντα! Ψωμί, Παιδεία, Ελευθερία!
Nieder mit der Junta! Brot, Bildung, Freiheit!
(Parole des Athener Studenten gegen die Militärdiktatur 1973)

Πριν από εβδομήντα χρόνια πολεμήσαμε γενναία ενάντια στα γερμανικά τάνκς
και τα αεροπλάνα. Τώρα έρχονται ξανά οι Γερμανοί γραβατομένοι. Τα έχουμε
χαμένα
Vor 70 Jahren haben wir tapfer gegen die deutschen Panzer und Flugzeuge
gekämpft. Jetzt kommen die Deutschen mit Schlips und Kragen – und wir
sind ratlos
(Äußerung eines alten Griechen gegenüber dem Verfasser in einem
Kaphenion der Stadt Ioannina im April 2011)

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Titelfoto: eyelab/photocase.com
Druck- und Buchbinderarbeiten: freiburger graphische betriebe
ISBN 978-3-89965-524-7

Inhalt

Zur Vorgeschichte der griechischen Schuldenkrise	6
Im Sog der Weltwirtschaftskrise	13
Griechenland unter De-facto-Zwangsverwaltung	16
Die Übergangsregierung Papadimos und die Radikalisierung des Austeritätscurses der Troika	24
Das vierte Austeritätsprogramm vom 12. Februar 2012	30
Die Verhandlungen mit den privaten Gläubigern	35
Im Auftrag der Finanzkonzerne: Die Umsetzung des Troika-Diktats bis März 2012	39
Die griechische Gesellschaft am Abgrund	44
Zwischenbilanz: Die Folgen der Austeritätspolitik	51
Monster der instrumentellen Vernunft 52 Deflation und Infla- tion: Eine Schere der kollektiven Ausbeutung 56 Ein überwie- gend fiktiver Schuldenschnitt 64 Die Verhöhnung der Demokra- tie 67 Deutsche Härte und deutsche historische Hypotheken 74	
Das Problem einer Alternative	84
Systemimmanente Ansätze 85 Was tun? Perspektiven von unten 88 Es ist Zeit zum Handeln 93	
Griechenland in der Krise: Makroökonomische Grunddaten	95

Zur Vorgeschichte der griechischen Schuldenkrise

Im Frühjahr 2012 hat sich die Euro-Krise extrem zugespitzt. Ihren Mittelpunkt bildet Griechenland, das sich seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise in einer schweren Rezession befindet. Von ihrem Ausgang ist nicht nur das Land, sondern ganz Europa und sogar die Weltökonomie betroffen. Wir sollten uns deshalb mit den Hintergründen der Krise, den seit Mai 2010 diktierten Sanierungsprogrammen der »Troika« – EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds – und den möglichen Alternativen auseinandersetzen.

Im Jahr 1981 trat Griechenland in die Europäische Gemeinschaft ein. Das Land befand sich in einer ausgesprochenen Aufbruchstimmung. Die aus der Panhellenischen Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur von 1967 bis 1974 hervorgegangene Sozialistische Partei (PASOK) hatte erstmalig die Parlamentswahlen gewonnen und schwamm mit ihrer wohlfahrtsstaatlichen Programmatik auf einer ausgesprochenen Popularitätswelle. Nach der Ablösung der konservativen Karamanlis-Regierung begann eine Ära des sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Dieser Entwicklung konnten die geldpolitischen Restriktionen, die das seit 1979 in der Europäischen Gemeinschaft eingeführte Europäische Währungssystem (EWS)¹ mit sich brachte, zunächst nichts anhaben, denn Griechenland schloss sich ihm erst 1993 an. Die Drachme blieb – genauso wie die Währungen der übrigen südeuropäischen Beitrittsländer Portugal und Spanien – außerhalb des Währungsverbunds. Die griechische Regierung konnte die sich aus dem binneneuropäischen Entwicklungsgefälle ergebenden Wettbewerbsverzerrungen durch periodische Abwertungsoperationen ausgleichen und die wirtschaftspolitischen Anpassungszwänge an die Kernländer der Europäischen Gemeinschaft in Grenzen halten. In den Jahren 1979 bis 1992 wurde die Drachme um insgesamt 86% ab-

¹ Das EWS bestand aus einem Währungskorb der wichtigsten Währungen der Europäischen Gemeinschaft (ECU) und beschränkte die Wechselkurschwankungen der Währungen der Mitgliedsländer auf eine bestimmte Bandbreite.

gewertet. Die griechischen Exporte in die europäische Kernzone wurden dadurch um fast das Doppelte verbilligt, während sich umgekehrt die westdeutschen und französischen Exporte nach Griechenland um fast das Doppelte verteuerten.

Diese für Griechenland und die übrige europäische Peripherie günstigen währungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen neigten sich 1992 dem Ende zu. In diesem Jahr setzten die Regierungen der europäischen Kernzone unter dem Druck der krisenhaften Entwicklung ihrer Nationalökonomien neue Rahmenbedingungen durch, die als Maastricht-Vertrag in die Wirtschaftsgeschichte eingingen und die vertraglichen Voraussetzungen für den Übergang der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union schaffen sollten. Den Kern des Vertrags bildeten so genannte Konvergenz-Kriterien, die Referenzdaten für die Parameter Inflation, Staatshaushalt, Wechselkurse und Zinssätze festlegten und mit ihren Vorgaben zur Budgetdisziplin und zur Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung auf 3% des Bruttoinlandsprodukts die Weichen für die Einführung der Einheitswährung Euro stellten.

Nun wurde es für die Wirtschaftspolitiker und Planungsexperten der im Jahr 1993 erneut in die Regierung gewählten PASOK eng. Die Umsetzung der Maastricht-Kriterien verlangte auch von Griechenland eine Kehrtwende von der sozialstaatlich abgesicherten Vollbeschäftigungspolitik zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und zur Deregulierung des öffentlichen Sektors. Offiziell machte dann auch die griechische Regierung gute Miene zum bösen Spiel und bemühte sich um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors. Eine wirksame Deregulierung und die Senkung der Masseneinkommen kamen jedoch unter dem Druck der starken Gewerkschaftsbewegung nicht in Frage. Erst als im Jahr 1996 der Neoliberale Kostas Simitis an Stelle des verstorbenen Andreas Papandreou die Regierungsgeschäfte übernahm und den bis dahin dominierenden linken Flügel der PASOK ausbremste, wurde der sozialstaatliche Konsens tatsächlich in Frage gestellt. Da sich nun aber eine stabile parlamentarische Linksopposition herausbildete, die sich in wichtigen Entscheidungssituationen mit dem traditionell starken

kommunistischen Block abstimmte, kam es auch jetzt noch nicht zum Dambruch. Im Ergebnis massiver Streikbewegungen und sozialer Kämpfe konnte der Sozial- und Lohnabbau in Grenzen gehalten werden. Da sich die binneneuropäische Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands jedoch fortlaufend verschlechterte, drehte die bis dahin positive Leistungsbilanz ins Minus und die Budgetdefizite stiegen steil an. Ihr jährlicher Zuwachs belief sich schon vor Ende der 1990er Jahre auf über 5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Gesamtverschuldung überschritt bald den Umfang der jährlichen Wirtschaftsleistung. Dies widersprach den Maastricht-Kriterien eklatant. Deshalb wurde das sich herausbildende Überschuldungsszenario durch statistische Manipulationen verschleiert. Bis gegen Ende der 1990er Jahre hatte sich Griechenland deutlich von dem seit Beginn der 1980er Jahre in England, Frankreich, Italien und zunehmend auch in Deutschland sowie den Benelux-Ländern in Gang gekommenen neoliberalen Strukturwandel abgekoppelt.

Trotzdem wurde Griechenland im Jahr 2001 in die inzwischen innerhalb der Europäischen Union geschaffene Gruppe der Euro-Länder (Euro-Zone) aufgenommen. Zwar verschleierten die nach Brüssel gelieferten statistischen Grunddaten das Ausmaß der nationalökonomischen Schieflage. Es war jedoch allen Akteuren bewusst, dass Griechenland die im Maastricht-Vertrag festgelegten Kriterien nicht erfüllte. Vor allem die haushaltspolitischen Parameter² sprachen entschieden dagegen. Warum dessen ungeachtet die Weichen zum Beitritt gestellt wurden, werden wir erst mit Sicherheit wissen, wenn die einschlägigen Akten auch der Forschung zugänglich geworden sind. Wir können jedoch schon jetzt davon ausgehen, dass dabei vor allem geostrategische und tagespolitische Gründe ausschlaggebend waren. Zwei Jahre nach der Zerschlagung Jugoslawiens bildete Griechenland einerseits ein entscheidendes Glacis für die beginnende EU-Integration des Balkans und andererseits sicherte es die südöstliche Flanke der

² Im Maastricht-Vertrag ist die Obergrenze der öffentlichen Gesamtverschuldung mit 60% des BIP festgelegt, und die Obergrenze der jährlichen Neuverschuldung soll 3% des BIP nicht überschreiten.

ins Auge gefassten so genannten Osterweiterung der Europäischen Union ab. Aber auch die Tagespolitik spielte eine wichtige Rolle. Der griechische Oberste Gerichtshof hatte gerade einer Entschädigungsklage von Opfern der deutschen Okkupation während des Zweiten Weltkriegs stattgegeben und die Konfiskation deutscher Vermögenswerte in Griechenland für rechtens erklärt.³ Nur die griechische Regierung konnte das Verfahren noch aussetzen. Sie tat dies, nachdem ihr die deutsche Bundesregierung die Unterstützung ihres Antrags zur Aufnahme in die Euro-Zone zugesagt hatte.

Aus der damaligen Perspektive der griechischen Machteliten war die Aufnahme in die Euro-Zone attraktiv. Sie konnten nun mit einem Schlag ihre extrem abgewertete Landeswährung loswerden und erlangten den Zugriff auf den »harten« Euro, der ihnen überaus billige Refinanzierungsmöglichkeiten eröffnete. Es kam zu einem rasanten Wirtschaftswachstum mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 3,7 und 5,2%, das bis zum Jahr 2007 anhielt. Die maritime Logistik, die erdölverarbeitende Industrie, der Tourismus, die Bauwirtschaft und der Bankensektor boomten. Hinzu kamen massive Importe französischen, deutschen und schweizerischen Kapitals sowie umfangreiche Subventionen der EU-Kommission zum Ausbau der Infrastruktur, die aufgrund der gestiegenen geostrategischen Bedeutung Griechenlands als sichere langfristige Anlage galten. Allen, die Griechenland noch aus dem vergangenen Jahrhundert kennen, fallen die gewaltigen Infrastrukturinvestitionen des vergangenen Jahrzehnts ins Auge: die Nord-Süd-Autobahn von Thessaloniki nach Athen, die militärisch besonders wichtige West-Ost-Autobahn vom Ionischen Meer bis zur türkischen Grenze in West-Thrakien, die Hängebrücke bei Patras, die die Peloponnes mit dem westlichen Griechenland verbindet, der internationale Flughafen Athen, die Attika-Ringstraße, die Metro von Athen, der Containerhafen von Piräus und die neuen athenischen Vorortbahnen. Hinzu kamen

³ Vgl. zu den Hintergründen der griechischen Reparations- und Entschädigungsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg Karl Heinz Roth, Die offene Reparationsfrage. Die Profiteure des Raubzugs müssen zahlen!, in: lunapark 21, H. 15, Herbst 2011, S. 51-55.

die gewaltigen Bauvorhaben zur Olympiade 2004, die den Immobilienboom auf die Spitze trieben.

Parallel dazu leistete sich die griechische Wirtschaftsnation eine gewaltige Aufrüstung. Zwischen 1992 und 2008 wurden Kriegswaffen im Wert von 75 Mrd. Euro importiert, und zwar insbesondere Fregatten aus Frankreich und Panzer sowie U-Boote aus Deutschland. Die Militärausgaben stiegen auf jährlich 4,3% des BIP und lagen damit – relativ zur jeweiligen Wirtschaftsleistung – mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Die Legitimationsbasis für diese Hochrüstung bildete der »Erbfeind« Türkei – wie Griechenland ein Mitgliedsland der NATO –, der 1974 einen Teil Zyperns erobert und annektiert hatte und die griechischen militärischen Anstrengungen in dieser Periode sogar noch übertrumpfte. Als lachende Dritte und Profiteure dieses Regionalkonflikts müssen die führenden französischen und deutschen Rüstungskonzerne gelten. Zu Beginn der aktuellen Weltwirtschaftskrise belegten die beiden Kontrahenten der östlichen Mittelmeerregion die Spitzenplätze der deutschen Rüstungsexporte: Mit 15,2% lag die Türkei auf Platz eins, gefolgt von Griechenland mit 12,9%.⁴

Die Profiteure des kurzlebigen Euro-Booms sind leicht auszumachen. Es handelte sich im Wesentlichen um drei eng miteinander verflochtene Gruppen der herrschenden Eliten, die den Kuchen unter sich aufteilten. An erster Stelle standen die führenden Familienclans des griechischen Reederei- und Bankkapitals sowie der petrochemischen Industrie. In der Ära Simitis wurden die von ihnen zu entrichtenden Unternehmenssteuern auf 25% gesenkt und das hatte zur Folge, dass sie sich im Boom extrem bereicherten. Je liquider sie wurden, desto stärker verloren sie die Neigung, überhaupt Steuern zu zahlen, und dies führte auch bei den konservativen oberen Mittelschichten – Ärzte, Immobilienhändler, höhere Bankangestellte und Anwaltskanzleien – zu einem bemerkenswerten Verfall der Steuermoral. Vor Beginn der

⁴ Vgl. Winfried Wolf, *Dritter Staatsbankrott? Griechische Schulden, deutsche Panzer, Euro-Diktat und eine Fakelaki-Ökonomie made by Siemens*, MS o.J. (2010), S. 7.

Weltwirtschaftskrise verfügten die oberen 30.000 Familien des Lands über ein Kapitalvermögen von über 250 Mrd. Euro, von denen allein 100 Mrd. als Bankguthaben angelegt und mindestens weitere 100 Mrd. ins Ausland transferiert waren.

Die zweite Gruppe war in den Spitzenkonzernen der europäischen Investitionsgüter-, Bau- und Rüstungsindustrie sowie im europäischen Finanzsektor verortet. Diese Segmente des europäischen Kapitals sind traditionell eng mit den großen Familien-Holdings des griechischen Reederei- und Bankkapitals verflochten, so etwa der in der Schweiz domizilierende Latsis-Clan mit der Deutschen Bank AG und den beiden führenden schweizerischen Großbanken, ThyssenKrupp mit der griechischen Werftindustrie, die führenden französischen und deutschen Baukonzerne mit dem griechischen Immobiliensektor, und die französischen bzw. französisch-belgischen Großbanken Société Générale, Crédit Agricole und Dexia kontrollieren mit ihren Beteiligungs- und Tochtergesellschaften erhebliche Teile des griechischen Finanzsektors. Im Kontext dieser Verflechtungen wurden die großen Infrastrukturinvestitionen des vergangenen Jahrzehnts geplant und durchgeführt, für deren Refinanzierung und Absicherung der Staatshaushalt geradezustehen hatte. Erst im Gefolge des Infrastrukturbooms erreichte die Ausgabe der zwei-, fünf- und zehnjährigen Staatsanleihen einen Umfang, der über die analogen Verschuldungspraktiken der übrigen Peripherieländer der Euro-Zone hinausging.

Der dritte Gewinner des Euro-Booms war die politische Klasse Griechenlands, die seit dem Ende der Militärdiktatur durch die beiden Volksparteien PASOK und Nea Dimokratia (ND) repräsentiert wird. Seit dem durch Kostas Simitis im Jahr 1996 erzwungenen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel und der Ausschaltung ihres linken Flügels waren auch innerhalb der PASOK die Vorbehalte gegenüber den großen Unternehmerdynastien, der orthodoxen Staatskirche und dem militärisch-industriellen Komplex beiseite geräumt. Es kam auch bei ihr zu einer uneingeschränkten Symbiose mit den herrschenden Eliten, und zwar vor allem bei der Vergabe der Infrastrukturinvestitionen, der Rüstungsaufträge und den in deren Gefolge erforderlich wer-

denden Refinanzierungsgarantien. Allein Siemens mobilisierte in der Boom-Phase jährlich Schmiergelder im Volumen von 15 Mio. Euro, um die griechische Telefongesellschaft OTE unter seine Kontrolle zu bringen,⁵ die Rüstungsgeschäfte des Verteidigungsministeriums zu steuern und sich die wichtigsten Investitionsprojekte der Olympiade zu sichern.⁶ Das war aber nur die Spitze des Eisbergs. Die einmaligen Zahlungen der europäischen Investoren auf die Konten der führenden Politiker der beiden Volksparteien wurden durch langfristige Bankendarlehen fundiert, mit denen die PASOK und die Nea Dimokratia ihren Funktionsapparat alimentierten und ihre Wahlkämpfe finanzierten. Der systematische Kauf der Politiker und ihrer Macht- und Propagandaapparate wurde zu einem integralen Bestandteil der Boom-Phase. Als die PASOK im Jahr 2004 die Wahlen verlor und der ND-Politiker Kostas Karamanlis die Regierungsgeschäfte übernahm, handelte es sich deshalb um einen Schilderwechsel, bei dem sich lediglich das Spektrum der begünstigten sozialen Gruppen veränderte. Dieser Klientelismus hatte zur Folge, dass Korruption und Bereicherungssucht breite Gesellschaftsschichten erfassten. Wir müssen von einem System der sozialen Korruption sprechen, das die heute so dringlich gewordene Entwicklung von Solidarität und sozialer Gleichheit behindert.

Das ausufernde *Enriches-vous* der herrschenden Klassen hatte jedoch schon vor Krisenbeginn eine gravierende Kehrseite. Die Leistungsbilanz drehte zu Beginn des neuen Millenniums dauerhaft ins Minus. Die Haushaltsdefizite liefen aufgrund der steigenden Refinanzierungskosten der Infrastrukturinvestitionen endgültig aus dem Ruder. Eine schleichende De-Industrialisierung setzte ein, weil die relativ hohen Lohnstückkosten und die sich weiter verschlechternde Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch die Abwertung der Nationalwährung ausgeglichen werden konnten. Entsprechend reduzierten sich die Exporte in den europäischen Binnenmarkt. Ein Ausgleich durch eine Umsteuerung

⁵ Trotz seines enormen Mitteleinsatzes hatte Siemens jedoch gegenüber der Deutschen Telekom das Nachsehen. Die OTE wird inzwischen von der Deutschen Telekom kontrolliert.

⁶ Vgl. Winfried Wolf, ebenda, S. 8.